

SÜDOSTASIEN

20. Konferenz der ASEAN-Wirtschaftsminister

Die 20. Tagung der ASEAN-Wirtschaftsminister fand vom 17.-19. Oktober in Pattaya/Thailand statt. Im Zentrum der Tagung stand die Vereinbarung des sogenannten „Brand to Brand“-Programmes für die Automobilindustrie. Der Vorschlag hierzu kam ursprünglich vom japanischen Automobilkonzern Mitsubishi, der in Thailand, Malaysia, den Philippinen und Indonesien Joint-Venture-Unternehmen im Produktionsbereich betreibt. Aus Thailand sollen in den nächsten fünf Jahren 100.000 PKW des Typs „Colt“ an Chrysler-Kanada geliefert werden, in Malaysia ist die Firma am national gefertigten „Proton Saga“ beteiligt, in den Philippinen werden Getriebe gefertigt, und die indonesische Unternehmung befindet sich gerade im Aufbau. Durch das Abkommen wird nun der Handel mit den entsprechenden Automobilkomponenten innerhalb ASEANs mit Zollnachlässen von mindestens 50% begünstigt. Ziel ist es, so die Entwicklung der Autoindustrie als Leitindustrie mit japanischer Unterstützung zu forcieren. Auch Toyota und Daihatsu produzieren bereits Komponenten und Fahrzeuge in Südostasien.

Außerdem wurde eine Erweiterung des bereits seit 1978 gültigen Zollvorzugsabkommens PTA um 1679 zusätzliche Produkte beschlossen. Die Liste der zollbegünstigten Produkte beim Handel innerhalb ASEANs umfaßt damit insgesamt 14.462 Positionen.

Ferner beschlossen die Wirtschaftsminister ein koordiniertes Vorgehen auf den für Anfang Dezember in Montreal geplanten Welt-Handelsverhandlungen GATT, sowie eine Stärkung des ASEAN-Sekretariates in Jakarta. Außerdem wurde die Einführung von regelmäßigen Industrie- und Handelskonferenzen der ASEAN-Wirtschaftsminister mit ihren Kollegen der Anrainerländer aus der asiatischpazifischen Region wie Südkorea, Indien, Taiwan und Sowjetunion vereinbart.

vgl. Handelsblatt v. 18.10., 20.10.; MDA v. 20.10.

19. Konferenz des Südpazifik-Forums

Die 13 Mitgliedsländer des Südpazifik-Forums haben vom 20.-21. September in Tonga ihre 19. Jahrestagung durchgeführt.

Zu Beginn der Tagung gab es eine Auseinandersetzung darüber, ob das Gremium sich mit der Entwicklung in Fidschi befassen müsse, bzw. dürfe. Durch Intervention von Australien und Vanuatu wurde jede Debatte über die problematische Lage Fidschis nach den zwei Putsch mit der Begründung verhindert, daß das Forum keinerlei Legitimation besitze, sich in die inneren Angelegenheiten eines Mitglieds einzumischen. Die eigentliche Aufgabe des Forums bestehe vielmehr in der Behandlung der spezifischen Fragen der Region, insbesondere auf wirtschaftlichem Feld. Der Premier Vanuatus, Walter Lini, unterbreitete den Vorschlag, daß das Forum sich zu einer wirklichen Wirtschaftsgemeinschaft entwickeln solle. Die Tagung beschloß, das bisherige „Südpazifische Büro für wirtschaftliche Kooperation“ in „Sekretariat des Südpazifik-Forums“ umzubenennen und seine Arbeit künftig auf die Koordination der Entwicklungsanstrengungen in der Region auszurichten.

Ein weiteres herausragendes Thema der Tagung war der Anstieg des Meeresspiegels im Pazifik, der vermutlich auf den sogenannten Treibhauseffekt zurückzuführen ist. Sollte sich die gegenwärtige Tendenz ungebrochen fortsetzen so ist spätestens in 50 Jahren die Existenz kleiner Inselnationen, etwa Kiribatis, buchstäblich gefährdet. Australien erklärte sich bereit, gemeinsame Beobachtungsstationen und ein wissenschaftliches Untersuchungsprogramm hierzu zu finanzieren.

Über den australischen Vorschlag der Etablierung eines gemeinsamen Telekommunikationssatelliten im Weltraum gab es dagegen geteilte Auffassungen. Dem Projekt wurde von Kiribati, Tuvalu, Niue, den Marshall-Inseln und den Föderierten Staaten von Mikronesien zugestimmt, während Papua-Neuguinea und Fidschi erst noch die Möglichkeit von Alternativen klären wollen. Australien soll davon ausgehen, daß die vorliegenden Zustimmungen ausreichen, um das Projekt im Rahmen des Südpazifik-Forums durchzuführen.

vgl. FEER v. 6.10., S. 40

Neue Kapitalströme zwischen Ost- und Südostasien

Der wechselseitige Kapitalfluß zwischen den sogenannten neustrialisierten Ländern

Ostasiens und den ASEAN-Staaten hat bedeutende Ausmaße erreicht. Taiwan ist inzwischen zum drittgrößten Investor in Thailand avanciert, Singapur ist jetzt der zweitgrößte Investor in Malaysia, und Hongkong liegt etwa an fünfter Stelle der ausländischen Investoren in Indonesien und Malaysia. Allerdings verbergen sich hinter den Anlegern dieser enormen Kapitalien häufig die Niederlassungen amerikanischer, japanischer oder europäischer Konzerne bzw. Finanzinstitute.

vgl. MDA v. 20.9.

Symposium über Kreuzfahrt-Tourismus in Südostasien

Die ASEAN-Staaten, die jetzt schon zu den Ländern mit den höchsten Steigerungsraten im Tourismusgeschäft gehören, wollen sich einen weiteren Markt in diesem Sektor erschließen: den Kreuzfahrttourismus.

Singapur, mit „Fremdenverkehrseinnahmen“ im Jahr 1987 in Höhe von rund 5 Milliarden DM bisher am besten im Geschäft, hat Ende Oktober ein entsprechendes Kreuzfahrt-Symposium ausgerichtet. Verteter aus allen ASEAN-Ländern waren zugegen und faßten hier das gemeinsame Ziel, Südostasien in einer konzertierten, langfristigen Aktion hinter der Karibik und dem Mittelmeer als drittweitigstes Kreuzfahrtziel zu etablieren. Singapur wird zu diesem Zweck bis 1991 für vierzig Millionen DM ein neues Passagierterminal errichten. Erstes Ziel sind ca. 100.000 Passagiere jährlich, um etwa 4 Schiffe mit einer Kapazität von je 500 Gästen ganzjährig auszulasten. Erste Zielgruppe sind die japanischen Touristen.

vgl. FAZ v. 3.11.

Japanische Kriegsschiffe überwachen Plutonium-Transporte in Südostasien

Japan hat sein Atomenergieabkommen mit den USA modifiziert. Von nun an sollen Plutoniumtransporte auf ihrem Weg per Schiff durch Südostasien eskortiert werden können. Bisher durfte Plutonium nur per Luftfracht transportiert werden, und der Operationsraum japanischer Kriegsschiffe endete vor den Gewässern Südostasiens.

vgl. MDA v. 19.10., S. 2

NACHRICHTEN

Einführung des Visums für südostasiatische Länder

Auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Frau Schmidt-Bott und der Fraktion der Grünen (Drucksache 11/3121) wurde am 2.11.88 (Drucksache 11/3257) die Antwort der Bundesregierung bekanntgegeben.

Danach sei im Rahmen der Harmonisierung der Sichtvermerkplicht der EG bis 1990 eine Einführung der Visumpflicht für Staaten wie u.a. Thailand und Philippinen vorgesehen.

Die Einführung bedarf noch der Abstimmung mit dem Auswärtigen Amt, den Innenministern der Länder und dem Bundeskabinett, ein Zeitpunkt der Maßnahme stehe daher nicht fest.

Mit der Einführung der Visumpflicht verspricht sich die Bundesregierung eine Erschwerung, nicht aber eine Unterbindung des internationalen Handels mit Frauen, „die eingehende Prüfung des angegebenen Aufenthaltswerts... (ermögliche) eine Präventivfunktion“.

Der strafrechtliche Zugriff, so muß die Bundesregierung zugeben, „wird durch die Einführung der Sichtvermerkplicht nicht erhöht“, lediglich die Einschleusung von Frauen zum Zwecke der Prostitution erschwert.

Trotzdem teile die Bundesregierung nicht die Auffassung, „daß die Einführung des Visums keine Maßnahme ist, die die Geschäfte der Händler/Zuhälter und ihrer Organisationen in irgendeiner Weise einschränken wird“.

Nach Auffassung der Bundesregierung sind „Ausländer, die ohne die erforderliche Aufenthaltserlaubnis ins Bundesgebiet einreisen und sich hier aufhalten... Täter und nicht Opfer...“; es sei nach ihrer Auffassung „nicht ersichtlich, daß die Sichtvermerkplicht den von Rechts wegen bestehenden Handlungsspielraum ausländischer Frauen im Bundesgebiet einschränkt“.